

Der Arbeiter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftszeit, von unseren Boten an unsere 204 Stimmengemeinden. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 3314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. u. M. G. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: H. W. Kindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Redakteur u. Anzeigenteil Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigengeld die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bekanntheit 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen sind bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftszeit Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 3314), Volkshaus Wabeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Seigeralb) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 165

Donnerstag, den 17. Juli 1930

5. Jahrgang

Brüning ohne Mehrheit.

Deckungsvorlagen zurückgezogen. — Keine Auflösung des Reichstages. — Notverordnung mit Hilfe des Artikels 48. — Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie.

Die Deckungsvorlagen der Reichsregierung sind gescheitert. Die Sozialdemokratie hat ihnen die Zustimmung verweigert. Als in der Nacht zum 17. Juli 1930 gegen 204 Stimmen abgelehnt wurde, hat der Reichstag sich aufgelöst. Sie sollen nun mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt werden.

Der Entschluß des Reichstages sind Versuche vorangegangen, die Haltung der Sozialdemokratie zu ändern und die Annahme des Artikels 48 zu vermeiden. Auf Wunsch des Zentrums haben am Dienstag Verhandlungen stattgefunden, die mit der Aufforderung an die Sozialdemokratie endeten, sie möge die Voraussetzungen klären, unter denen ihr eine politische Mitarbeit bei der Verabschiedung der Deckungsvorlagen möglich sei. Die sozialdemokratischen Unterhändler Dr. Breitfeld und Hermann Müller haben in einem Brief an den Zentrumsführer Eiser den Verzicht auf die Kopfsteuer und den Verzicht der Leistungen der Arbeiterlosen und der Brandversicherer als solche Voraussetzungen bezeichnet. Eine schriftliche Antwort auf diesen Brief haben die Regierungsvertreter nicht erteilt. Sie haben lediglich erklärt, daß die Voraussetzungen der Sozialdemokratie erfolgreiche Verhandlungen unmöglich machen. Sie sind deshalb gar nicht erst aufgenommen worden.

Das Verhandlungsangebot des Zentrums ist nichts anderes als ein Manöver gewesen.

In seinem Stadium offen und ehrlich dem Ziel der Verständigung mit der Sozialdemokratie. Wenn der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Eiser gegenüber den Feststellungen von Breitfeld im Plenum des Reichstages am Mittwoch drohte behauptete, das Verhalten der Sozialdemokratie auf einen Verzicht der Kopfsteuer sei ein Ultimatum gewesen, das erfolgreiche Verhandlungen ausgeschlossen habe, so steht das nicht nur mit den Tatsachen im Widerspruch, sondern auch mit der Begründung, die die Zentrumsfraktion bei der Ablehnung der Verhandlungen mit dem Reichstag gegeben hat. In der „Germania“ werden bezüglich der Verzicht und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien als Grund für die Ablehnung der Verhandlungen angegeben. Wenn schließlich, wie es heißt, die Verordnung der Reichsregierung nur die ursprünglichen Vorlagen enthalten wird und nicht die Kopfsteuer, so kann man darin einen weiteren hindernissen Beweis erblicken, daß den Regierungsvertretern die Sozialdemokratie lag und nichts an einer Verständigung mit der Sozialdemokratie lag und das Verhandlungsangebot vom Dienstag lediglich den üblichen Eindruck vermitteln sollte, als ob nicht alle Möglichkeiten zur parlamentarischen Einigung ausgeschöpft worden seien.

Die Ablehnung der Deckungsvorlagen durch die Sozialdemokratie ist eine wohlüberlegte und wohlgegründete Entscheidung. Sie mußte erfolgen, nachdem unter dem Druck der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei die Kopfsteuer in die Vorlage hineingeklebt und diese Vorlage mit dem weitgehenden Abbau der Arbeitslosenunterstützung und der Brandversicherer verbunden worden war. Die kleinen Verleistungen, die die Vorlagen der Reichsregierung in letzter Zeit gefunden haben, ändern nichts an ihrer Belamtheit. Die Regierung Brüning verweigert mit ihren Steuern klar und eindeutig das Ziel, durch Abbau der feststen Leistungen in Reich und Gemeinden und durch Erhöhung der Opfer der unteren Mittelschichten den Verarmten des Volkes alle Kosten der schweren Wirtschaftskrise aufzubürden.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im weiteren Verlauf der Mittwoch-Sitzung des Reichstages gegen den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages gestimmt und sich bei dem kommunisierenden Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning der Stimme enthalten.

In beiden Fällen war für sie dieselbe Erwägung maßgebend. Wenn die Wirtschaftspartei und die Kommunisten eine Mehrheit erzielt hätten, wäre die Auflösung des Reichstages erfolgt. Dann wäre die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage gewesen, sofort nach Verlesung der Notverordnung noch in diesem Beschlusse den Antrag auf ihre Aufhebung zu stellen. Die Dinge wären sich nach der Neuwahl in der Schwere geblieben. Da die Regierung die Verhandlungen noch im Laufe des Donnerstags publiziert, kann die sozialdemokratische Fraktion auf ihre Beteiligung am Freitag zur Debatte und zur Abstimmung gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wird die Sozialdemokratie auch ihrerseits einen Mißtrauensantrag einbringen.

Ob sich freilich für das eine wie das andere Bismarck eine Mehrheit finden wird, ist mehr als zweifelhaft, denn es ist damit zu rechnen, daß die Deutschnationalen ihre Opposition gegen die Steuerleges und gegen das Kabinett Brüning aufgeben werden, weil ihnen dann liegt, den Diktaturparagrafen mit ihm werden zu lassen, und weil sie, was vor allen Dingen im Vordergrund steht, eine gewaltige Angst vor Neuwahlen haben. Die Sozialdemokratie hat aber dann auf jeden Fall ihre Pflicht getan. Sie hat sich nicht mitverantwortlich gemacht für schlechte Steuerleges und für den Abbau der Sozialpolitik. Sie hat den letzten Versuch unternommen, die Unwirksamkeit des Artikels 48 herbeizuführen. Es ist nicht ihre Schuld, sondern die der bürgerlichen

Parteien, wenn alle ihre Bemühungen für die Erhaltung der parlamentarischen Rechte und für die Abwehr arbeitserfeindlicher Maßnahmen scheitern.

Die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie wird indessen sein, mit aller Entschlossenheit jenes Regime zu bekämpfen, das die Verantwortung für die verdrückliche Entwicklung trägt, die sich in diesen Tagen angebahnt hat.

Die Notverordnung.

Vom Reichskabinett beschloßen.

Berlin, 16. Juli. (Zelunow). Das Reichskabinett beschloß in seiner Sitzung am Mittwochabend, die Deckungsvorlagen im Wege der Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen, nachdem der Reichstag die Deckungsvorlagen im Reichstage zur Annahme bringen zu lassen, gescheitert war. Auf Grund des Notverordnungsrechts wurden die Reichshilfe, die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Ledigenzuschläge, die Bürgerabgabe und im Wege einer besonderen Verordnung die Schantverzehrersteuer in Kraft gesetzt.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß auch aus den Reihen der hinter der Regierung stehenden Parteien der Versuch gemacht werden wird, die Aufhebung der Notverordnung über die Gemeindeverzehrersteuer durchzuführen. Insbesondere hat ja bereits die Wirtschaftspartei in einem früheren Stadium der Dinge zu erkennen gegeben, daß sie eine Gemeindegrenztsteuer mit aller Entschlossenheit ablehnen müsse.

Eine Schlappe der Regierung.

Die getriggerte Reichstagsauflösung begann mit einer Schlappe der Regierung, die eigentlich niemand erwartet hatte: die Annahmefähigkeit, über deren Ablehnung von der Tagesordnung sich die Parteien nicht geeinigt hatten, fand in der namengebenden Abstimmung nicht die vorgesehene qualifizierte Mehrheit, die nötig wäre, um den Einspruch des Reichstages aus der Welt zu schaffen. Den Ausschlag gab die Stimmhaltung der Deutschen Bauernpartei und zweier demokratischer Abgeordneter.

Am Sonnabend Reichstagsferien.

Der Reichstag wird jetzt die Beratung des Etats fortsetzen. Sie soll nach den bisherigen Dispositionen am Sonnabend zu Ende geführt werden.

Die Regierung will die Notverordnung nach am Freitag zur offiziellen Kenntnis des Reichstages bringen. Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung soll am Sonnabend verbunden werden mit der dritten Lesung des Etats und der dritten Beratung des Einkommensteuergesetzes.

Der Reichstagsleiter rechnet darauf, daß der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung abgelehnt werden wird, trotzdem die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei sich sehr verhalten darüber zeigen, daß die Bürgerabgabe nicht durch Artikel 48 befreit wird.

Nach Verabschiedung des Etats soll der Reichstag in die Ferien gehen, um erst im Spätherbst sich wieder zu versammeln.

Die Rede Breitscheids.

In der Sitzung des Reichstages am Mittwoch führte
Hr. Breitscheid (Soz.)

folgendes aus:

Die Sozialdemokratie wird die erste Abstimmung des heutigen Tages benutzen, um ihre Stellung zu den Deckungsvorlagen in ihrer Allgemeinheit zum Ausdruck zu bringen. Diese Stellung ist nicht sowohl bedingt durch den Inhalt der einzelnen Artikel als vielmehr durch die politische Gesamtsituation. In einer Reihe dieser Vorlagen sind Bestimmungen, die sich den Aufstellungen nähern, die meine Fraktion seit langem vertreten hat, so auch vor einigen Wochen in ihren Richtlinien. Das trifft zu für das Prinzip der Reichshilfe und für die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer.

Das aber für uns gänzlich unannehmbar ist, das ist die sogenannte Bürgerabgabe, die Kopf- oder Regenersteuer, wie sie benannt werden könnte. Da diese Bürgerabgabe in das gesamte Deckungsgesetz hineingearbeitet worden ist, ist für uns das ganze Gesetz unannehmbar! (Sehr wahr bei den Soz.)

Die Deckungsvorlage steht im engsten Zusammenhang mit den sozialpolitischen Vorlagen der Regierung. Die Sozialdemokratie kann nicht die Mitverantwortung dafür übernehmen, daß durch

ihre Zustimmung zu den Deckungsvorlagen die sozialpolitische Gesetzgebung verschlechtert wird. Der Abbau der Zuschlagspflicht des Reiches zur Arbeitslosenversicherung nach § 163 muß einen allgemeinen Leistungsabbau nach sich ziehen. Damit ist unsere Stellung zu den Vorlagen klar gegeben.

Wie fernen die Konsequenzen, die diese Stellung nach sich ziehen muß. Wenn wir heute noch gewillt wären, wären wir beehrt worden durch die Mitteilung von den Volkswachen, die Reichstagsleiter heute vormittag vom Reichspräsidenten erhalten hat, nämlich in erster Linie für den Fall, daß eine parlamentarische Mehrheit für die Deckungsvorlagen nicht aufzubringen ist, sie mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen.

Die Regierung Brüning ist vom ersten Tage ihrer Existenz an eine Minderheitsregierung mit bunt zusammengesetzten Parteien und durch alle ungenügenden Zustände ist sie gezwungen an die gleiche gescheiterten Regierungstruppen, die in ihrer Zusammenfassung ein wenig an die glorreiche Armee des heiligen römischen Reiches deutscher Nation erinnern. (Heiterkeit.) Zuruf rechts: Wir geben aber nicht nach (Rohbach!) Diese Truppen reichen nicht aus, um den Kabinett eine Mehrheit und damit den Erfolg zu sichern. Nach unserer Meinung wäre es dann selbstverständlich, daß die Reichsregierung versucht, eine Mehrheit für eine irgendeine geordnete Deckungsvorlage sich zu verschaffen. Wie weit der Reichstagsleiter diesen Versuch bei den Deutschnationalen gemacht hat, wissen wir nicht. Jedenfalls scheinen sie ohne Erfolg geblieben zu sein. Wir Sozialdemokraten haben auch in den letzten Tagen mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß wir zu Verhandlungen bereit sind. Wir sind in dieser Bereitschaft bis an die Grenze des irgendwem Möglichen und Erträglichsten gegangen. Wir haben der Regierung vorgeschlagen, daß es nach anderen Möglichkeiten zur Sanierung der Finanzen gibt, und wir waren der Überzeugung, und haben immer wieder der Regierung erklärt: Wenn Ihr eine andere Baßts zu finden entschlossen seid, sind wir bereit daran und an der Durchführung einer solchen Finanzreform mitzuarbeiten. Wir haben das nicht getan, um irgend wie diesem Kabinett nachzuliegen, wir haben es nicht getan, um dieser Regierung willen, und nicht um unfertigen — wir haben es getan um des Staates willen! (Hohnrufe rechts und äußerst links, fürnehmlicher Beifall und Handclaqueen der Soz.) Denn wir wußten, daß im anderen Falle die Gefahr des Art. 48 droht und diesen es darum für unsere selbstverständliche Pflicht, alles nur Mögliche zu tun, um die Gefahr der Einberufung des Diktaturparagrafen abzumindern.

Wir glauben, jeder im Saale, aber auch jeder im Lande, vor allen Dingen jeder Arbeiter draußen, wird volles Verständnis dafür besitzen, daß wir auf diesem Wege bis zu dem äußersten für uns möglichen Punkt gegangen sind.

Erst gestern nachmittag ist es zu einer Begegnung zwischen uns und einer der Regierungsparteien gekommen. Bei dieser Gelegenheit ist uns die Frage vorgelegt worden, welche Bedingungen wir



Der Reichstag während der Erklärung Breitscheids (im Kreis).

Stahlhelmverbot aufgehoben

Der Stahlhelm gab nach. — Er will die Kriegsspielereten lassen.

Der preussische Minister des Innern hat durch Verfügung vom 16. Juli das Stahlhelmverbot für Thüringen und in Westfalen aufgehoben. Die Aufhebung erfolgte, nachdem die Bundesführer des Stahlhelms folgende schriftliche Erklärung abgegeben hatten:

1. Die Bundesführer des Stahlhelms haben erneut von der Auffassung des Preussischen Staatsministeriums über die Vorgänge, die zur Aufhebung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen geführt haben, Kenntnis genommen.

2. Unter Zugrundelegung dieser Auffassung geben die Bundesführer des Stahlhelms die Erklärung ab, daß sie in Zukunft solche Lehren, wie sie im Oktober 1929 zur Aufhebung Anlaß gegeben haben, unterlassen werden. Sie versichern ferner, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 zumiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausübung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, im Stahlhelm nicht gebildet wird. Der Stahlhelm wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß diese Verbote reiflich befolgt werden, und daß Mitglieder, die den Verbote zumiderhandeln, aus dem Bunde ausgeschlossen werden.

3. Insbesondere werden die Bundesführer dafür Sorge tragen, daß im Falle der Aufhebung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen nur solche Landesverbände und Unterorganisationen gebildet werden, bei denen die Gewähr dafür geboten ist, daß die Anordnungen und Zusicherungen der Bundesführer von allen Mitgliedern befolgt werden.

Berlin, den 16. Juli 1930.

Der 1. Bundesführer, Der 2. Bundesführer,
ges. Franz Selbte, ges. Düsterberg.

An Erwidrung auf diese Erklärung hat der Preussische Minister des Innern der Bundesführer des Stahlhelms folgende Schreiben übermittelt:

„Nachdem die Bundesführung des Stahlhelms, Bund der Frontkämpfer, die Erklärung abgegeben hat, daß in Zukunft die Verhandlungen solcher und ähnlicher Lehren, wie sie zu der Aufhebungsverfügung vom 8. Oktober 1929 Anlaß gegeben haben, sowie die Betätigung mit militärischen Dingen im Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921, namentlich auch die Ausübung und

Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, im Stahlhelm verboten ist, und daß der Bund sich mit allen Mitteln für die Einhaltung dieser Anordnungen einsetzen wird, werden der Neubildung von Organisationen des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen von der Polizei keine Hindernisse bereitet werden.

Die Preussische Staatsregierung setzt dabei im Vertrauen auf die geübten Zurückhaltungen voraus, daß der etwa neu zu gründende Stahlhelm in den genannten beiden Provinzen damit einen wesentlich anderen Charakter haben wird als die jetzt aufgelösten Teile des Bundes, und daß auch bei der Fortwerrausbildung diesen Gesichtspunkten ausreichend Rechnung getragen wird.

Die Preussische Staatsregierung erachtet es im übrigen als sehrwünschenswert, daß die Wiedererrichtung des Bundes nicht zum Anlaß neuer Angriffe gegen die Staatsregierung genommen wird und daß schwebende Beschwerdeverfahren (einstens des Stahlhelms) gleichfalls als erledigt angesehen werden.

933. Dr. Baentig.

Nun kann Hindenburg reisen.

Der Reife des Reichspräsidenten nach Koblenz, Trier usw. steht mit der Aufhebung des Stahlhelmverbots nichts mehr im Wege. Es erfolgt zu dem in Aussicht genommenen Termin.

Der Innenminister wurde übergangen.

Von amtlicher Seite ist behauptet worden, Reichsanwalt Dr. Brüning sei von dem Brief des Reichspräsidenten Hindenburg an den Preussischen Ministerpräsidenten Braun überzogen worden. Er habe von ihm vorher keine Kenntnis gehabt.

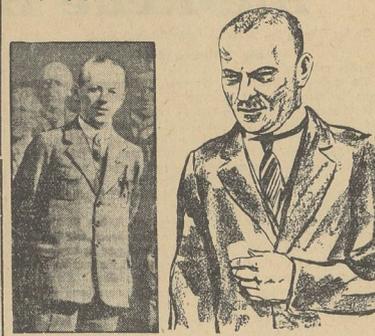
Richtig ist, daß Reichsanwalt Dr. Brüning nicht nur von dem Brief gekannt, sondern sich sogar mit dem Staatsratspräsidenten Pänder und Dr. Meißner an seiner Ausfertigung beteiligt hat. Der zuständige Justizminister Dr. Wirth wurde absichtlich übergangen. Er erfuhr von dem Brief erst, als die Wiedergabe der übrigen Reichsminister, aus der Presse. Als einziges Staatsratsmitglied war Brünings Leib- und Vorkammler Treppner informiert!

Zubehöze der Nazis in Thüringen.

Meimar, 16. Juli. (Eig. Draht). Die Zubehöze der hakenkreuzler in Thüringen wird sich bereits aus. Der Verein Deutscher Fabrikanten von Pfanzeltwerkstoffen e. B. in Apolda teilt zum Beispiel mit, daß durch die unermesslichen Zuschüssen nationalsozialistischer Abgeordneten im Thüringer Landtag und in einzelnen Stadtparlamenten teilweise Beurlaubung in der deutschen Wirtschaftswirtschaft herbeigeführt worden sei. Die Anfragen bei Arbeiterfabrikanten, Kaufleuten und Privatpersonen derorts habe, ob man Thüringen im allgemeinen und Apolda im besonderen persönlich auf diese Weise Befähigungen ausgeübt zu sein. An einer Entscheidung bringt der Verein zum Ausdruck, daß seine Mitglieder den Bedingungen der nationalsozialistischen Partei fernhalten und nicht für Beurlaubung vornehmlich gemacht werden dürfen, die sie nicht verdienen könnten. Das Kabinett habe dann ein Kompromiß geschlossen, dem Reichsfinanzminister die Gemeindegemeinschaft bewilligt und gleichzeitig die Bürgerabgabe in die Gesetze aufgenommen. Das sei in zwei Verordnungen geschehen, weil man damit rechne, daß die Gemeindegemeinschaft vom Reichstag mit dem Stimmen der Wirtschaftspartei wieder aufgehoben werde.

Der Landvolkprozeß in Iphoe.

Iphoe, 16. Juli. (Eig. Draht). Im Iphoeer Landvolkprozeß betreiben die Angeklagten



Wächter, Hantens.

Auf, Muthmann u. a. natürlich alle illegalen Absichten. Alle wissen von nichts mehr. Reiner will im Verlauf der Verhandlungen, die am 4. März 1929 planmäßig in den verschiedensten Orten Schleswig-Holsteins stattgefunden haben, etwa Vorklage deziert gemacht haben, ob die Steuern bezahlt werden sollten, oder ob man sich gegen Zwangsversteigerungen und Pfändungen der Mitglieder wehren sollte. Das gesprochenen Wort kann man ganz klar verstehen, nicht aber das gebrauchte. Da liegt zum Beispiel ein Brief vor: „An das notleidende Volk“, der im „Landvolk“ veröffentlicht wurde. Darin heißt es: „Gesüßt auf Artikel 1 der Reichsverfassung, wonach alle Gewalt vom Volke ausgeht“, die jetzt der „Notleidende“ überträgt, erklärt man, „der Verwaltungsapparat darf seine Anordnungen mehr an das Volk ergreifen lassen, als die Verwaltungsorgane, die sich über den Beschluß des Volkes (lies: Steuerbescheid) sind an das Reichsbüro einzufinden. Wir ordnen hiermit an, daß die Meierlein die Mitglieder nur an die Lieferanten ausgeben (nicht an die Steuerbehörden) usw. Ferner schreiben die Herren an den Regierungspräsidenten und an andere Behörden: „Wir ordnen hiermit an, daß sich die Verwaltungsbehörden an uns zu wenden haben, wenn sie irgendwelche Anordnungen treffen wollen.“ In einem Briefe an die Reichsjustizministerin in Kiel, in dem sich Hantens über eine Pfändung beschwert, führt er aus: „Wir verbieten hierdurch, weiterhin Pfändungen vorzunehmen.“ Das alles sind sehr eindeutige Anweisungen und Auftritte zum Widerstand gegen die beschriebenen Anordnungen. — Die Verhandlungen werden noch mehrere Tage dauern.

als Voraussetzung für unsere Mitwirkung stellen. Wir haben daraufhin dem Abgeordneten Cier als Hauptunterhändler der anderen Seite einen Brief geschrieben. Auf dieses Schreiben haben wir eine schriftliche Antwort nicht erhalten. Daraus ging hervor, daß Herr Cier nicht bereit war, die Bedingungen, denen wir unter allen Umständen schriftlich den Grund anzugeben, aus dem wir auf das Angebot der Sozialdemokratie nicht eingehen. (Hört! Hört! und Beifall der Soz.) Gerade weil diese schriftliche Antwort fehlt, muß ich vermuten, daß Ihnen bei der ganzen Angelegenheit doch nicht unbedingt wohl gewesen sei, und daß Sie es doch nicht ganz angenehm empfanden, auf das Angebot der Sozialdemokratischen Partei keine positive Antwort erteilen zu dürfen. (Sehr gut bei den Soz.) Jedenfalls waren damit die Verhandlungen gescheitert, oder besser gesagt, sie haben gar nicht erst angefangen. Wir stehen jetzt vor der Situation, die uns zu der Konferenz zwingt, die ich durch die Antibernung der Ablehnung der Deduzionsvorlagen zum Ausdruck gebracht habe.

Die Regierung ist entschlossen und hat die Vollmacht, den Artikel 48 anzuwenden. Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten hier im Hause und außerhalb des Hauses, bei den Abstimmungen, die vorausgegangen sind und den Drohungen, die sie begleitete, ausgedrückt, daß nach unserer Meinung die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48 nicht gegeben

ist, wenn man nicht der Reichsverfassung Gewalt antun will. (Sehr wahr bei den Soz.-Gegneren rechts.) Die verfassungsmäßige Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 48, daß im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet ist.

Niemand haben die Urheber der Reichsverfassung daran gedacht, daß mit Hilfe des Art. 48 herabgesetzte Gesetze erlassen werden könnten. Gemäß, in der Vergangenheit ist der Art. 48 angewendet worden, aber das war die gefährliche Zeit des Uebergangs von der Antifaktion zur stabilen Wahrung. Damals war für die wesentlichen Maßnahmen, die auf Grund des Art. 48 verwendet worden sind, auch die Zustimmung einer Mehrheit des Hauses notwendig. Das ist heute nicht der Fall, und wir stellen mit allem Nachdruck fest, daß

der Artikel 48 dazu da ist, unter Umständen dem Staat zu helfen und ihn zu schützen, nicht aber um einzelne Regierungen aus ihrer Verlegenheit zu befreien.

(Sehr wahr bei den Soz.) Die ihr Ziel nicht erreicht und ihre Vorlagen nicht in der Form durchsetzen kann, die sie sich vorgenommen hat. Es handelt sich vor allem um den Staat und wir erklären offen, wir sind die staatspolitische Partei, und darum sind wir gegen die Pläne dieser Regierung. Der Staat wird gefährdet nicht nur dann, wenn keine verfassungsmäßige Basis erfüllt wird, wie es jetzt die Regierung tut.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wenn der Art. 48 zu diesen Verordnungen mißbraucht wird, die sozialdemokratische Partei sofort den Antrag stellen wird, sie aufzuheben. Es hängt dann von den anderen Parteien ab, besonders von den Deutschnationalen, ob sie mit uns eine gemeinsame Mehrheit für die Duppation herstellen wollen. (Beifall rechts.) Sie stehen in der Opposition rechts, wie wir links. Es kommt nur darauf an, ob Ihnen die Opposition gegen die Regierung Brüning wichtiger ist, oder die Regierung, mit der von Ihnen die gestellten Art. 48 regieren zu hören. (Sehr gut bei den Soz.)

Der Antrag der Wirtschaftspartei läuft darauf hinaus, ert den Reichstag aufzulösen und dann die Artikel 48 Verordnungen zu machen. Das können wir ab. Wir wollen bereitwillig Verordnungen sofort durch den verfallenen Reichstag aufheben lassen, und damit nicht erst warten, bis wieder einmal ein Reichstag zusammentritt.

Wir wissen, daß eine ernste Stunde gekommen ist. Wir wissen, die Bedrohung des Staates und der Arbeiterschaft mit dem Art. 48 in Rechnung zu stellen, nicht zu wissen, daß hier der erste Schritt gemacht wird, die demokratischen Grundlagen der Republik zu erschüttern. Wir wissen, daß der erste Schritt gemacht wird, eine deutsche Partei des Faschismus. Aber wir haben als Partei und als Arbeiterbewegung nichts zu fürchten und auch nicht einen solchen Vorstoß. Wir werden auch das überleben. Die Sozialdemokratie wird auch aus dem Sturm hervorgehen. Wir werden, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, dieses Regime bekämpfen, das mit den verfassungsmäßigen Rechten des Parlaments und der Wähler in leistungsfähiger und freudvoller Weise umspringt. (Beifall, anhaltender Beifall der Soz.)

Die Abstimmung über Artikel 2.

Nach Abschluß der Beratung wurde in namentlicher Abstimmung der Artikel II der Deduzionsvorlagen mit 256 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschnationalen, Nationalsozialisten gegen 129 Stimmen der Regierungsparteien abgestimmt. (Große Bewegung.)

Reichsanwalt Dr. Brüning (minutenlang von den Kommunisten durch Ruf: Abtreten! Schluß! Fort mit dieser Regierung! am Reden gehindert): Namens der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß die Reichsregierung auf die Fortsetzung der Beratung der Vorlage keinen Wert legt. (Beif. Beifall links und Beifallter.)

Präsident Lobe: Damit ist nicht nur die Vorlage, sondern auch der damit verbundene Ergänzungssatz erledigt. — Wir haben abgestimmt über den Antrag der Wirtschaftspartei auf Aufhebung des Reichstages und über den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung.

Hg. Schulz-Bromberg (Draht): Wir lassen uns unsere Haltung zur Reichsregierung nicht von den Kommunisten vorschreiben. (Wärm der Komm.) Der Antrag der Wirtschaftspartei bedeutet einen unangemessenen Eingriff in die Unabhängigkeit des Reichspräsidenten (Wahnsinn links), wir lehnen ihn daher ab.

Für den Antrag der Wirtschaftspartei erhoben sich außer den Antragstellern nur die Nationalsozialisten. (Große Beifall.) Der Kommunisten 129 Stimmen der Regierungspartei wurde mit 244 Stimmen über die übrigen Parteien gegen 59 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei 151 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und einiger Deutschnationalen abgelehnt.

Stimmen der Presse.

Die „Germania“ schreibt: „Der gefürchte Tag hat mit einem starken Erfolg des Reichspräsidenten seine Vollmachten sind, wie man weiß, noch nicht erschöpft, aber auch der Kampf ist noch nicht beendet. Er wird erneut extremen, wenn die Verhandlungen des Reichspräsidenten dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt nach einer ausdrücklichen Billigung der Anwendung des Artikels 48 und einem Hinweis auf den Aufhebungsantrag der Sozialdemokratie: „Wir können uns nicht vorstellen, daß die Deutschnationale Reichstagsfraktion bei der entscheidenden Wadspitze zwischen der Regierung Brüning-Schäfer

Parlamentarier aller Länder...

Zusammentritt der Interparlamentarischen Union.

London, 16. Juli. (Eig. Draht). Ueber 500 Parlamentarier aus allen Ländern der Welt nahmen am Mittwoch der Eröffnung der 26. Sitzung der Interparlamentarischen Union teil. Auf der Eröffnung des Interparlamentarischen Unions in Namen der englischen Regierung. In seiner Rede gab er einen Überblick über die im letzten Jahre erzielten Fortschritte auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit. Er betonte, daß dies alles erst der Anfang sei. Es bleibe noch sehr viel zu tun übrig. Dies gelte besonders für die internationale Entwarnung. Erst durch die gemeinsame Entwarnung würde bewiesen, daß der Kellogg-Pakt nicht nur auf dem Papier stünde, sondern auch in der Tat angenommen sei. Eine Hauptaufgabe der Interparlamentarischen Union liege, daß ihre Mitglieder, wenn sie nach Hause zurückkehrten, in den Parlamenten ihrer Heimatländer den Gedanken der Abrüstung verbreiteten und für ihn tätig seien. Die deutsche Delegation ist infolge der innenpolitischen Ereignisse in Deutschland nur durch Schilling, Heile und Däubler vertreten. In einem zur Vertiefung gedachten Telegramm des Reichspräsidenten Lobe wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die deutschen Abgeordneten den Schlußfolgerungen zum beibehalten können. Lobes Begrüßungstelegramm fand lebhaften Beifall.

Die britische Zollpolitik.

Sieg der Arbeiterregierung.

London, 17. Juli. (Eig. Funken). Die am Mittwoch im Unterhaus stattfindende Golddebatte eroberte um 23 Uhr mit der Ablehnung des konservativen Mißtrauensantrages gegen die Arbeiterregierung. 312 Abgeordnete der Arbeiterpartei und der Liberalen fanden zum Schluß der bewegten Sitzung gegen 241 Konservativen. Das Abstimmungsergebnis wurde auf den Bänken der Regierungspartei mit großem Beifall aufgenommen. Bald nach der den konservativen Mißtrauensantrag begründete, hielt eine Rede, die weder Freund noch Gegner befriedigen konnte. Lord George rednete mit ihm als Sprecher der Liberalen nach Strich und Faden ab. Der konservative Führer habe die Zollfrage auf halbmaß gelöst. Lord George wandte sich für die Arbeiterpartei gegen die Schutzzölle. Einbringlich und überzeugend sprach denn auch von den Zolltarifen. Das Wichtigste in ihren Erklärungen war die Feststellung, daß die Regierung vor der britischen Reichstagsfraktion keinerlei Veränderungen an der bisherigen Zollpolitik zulassen werde.

Statt Karten.
Für die uns zu unserer fibernen Hochzeit erwiehnten Rufmehlsamkeiten sagen wir hiermit auf diesem Wege unseren verbindlichen Dank.
Friedrich Kruse und Frau.
Langenstein, den 17. Juli 1930.

Bekanntmachung.
Wegen Instandsetzungsarbeiten wird die Straße von Garleben nach Kappelburg von km 4,2 bis km 7,2 für die Zeit vom 18. bis 20. Juli bis 3.6. für allen Verkehr gesperrt.
Anleitung: Von Garleben über Westerhausen, Warnstedt nach Kappelburg über umgekehrt.
Gefährdet, den 17. Juli 1930.
Der Landrat.
J. B. D. Drude, Kreisdeputierter.

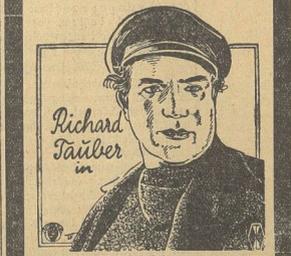
Schlachthof-Freibank Freitag
Rind- und Schweinefleisch, rot.

Langenstein.
Die diesjährige Hartobst-Platzung der Gemeinde Langenstein soll Dienstag, den 22. Juli ds. Jrs., mittags 12 Uhr in der Gemeindefabrik Hermann Schröder öffentlich und meistbietend verkauft werden. Die näheren Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Langenstein, den 17. Juli 1930.
Der Gemeindevorsteher.

Schreibergarten-Verein Tivoli
(Verbandsgelände)
Unser diesjähriges
Garten-Fest
bestehend aus Reigen, Tänzen und Kinderbelustigungen aller Art findet unter Mitwirkung des Theater-Orchesters
am Sonntag, den 20. Juli
statt. Abmarsch vom Torfeld 15 Uhr.
Freunde und Gönner des Vereins sind herzlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Ton- und Sprech-Film-Theater
LICHTSCHAU ISH SPIELHAUS

Heute Donnerstag
die langverwartete Premiere:
Die Welt horcht auf!
Richard Tauber singt
in seinem ersten Großfilm:



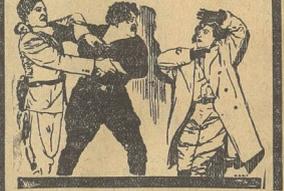
ICH GLAUB' NIE MEHR AN EINE FRAU...

Aus dem engeren Kreis der Oper und des Konzertsales wird die großartige Stimme Richard Taubers durch diesen Film in alle Welt getragen! Einfache Matrosenslieder werden zu Weltchlagern! Über düsteren Erleben in Hamburger Hafenviertel, zwischen derbem Humor der Matrosen klingen rein und glöcklich die Lieder: "Über Meer", "Mutterliebe", "Das Dirmelied", "Ich glaub' nie mehr an eine Frau". Die Presse sagt: "... Es ist ein Film voller Erleben, schön und herzlich durch die große Kunst Richard Taubers und das vorzügliche Spiel seiner Partner
Maria Solyev, Werner Fittler, Paul Hörbiger, Gustav Gründgens.
Im weiteren Programm:
Ein lustiger Tonfilm:
Floek und Flikties spanisches Abenteuer
Die Dostalg-Weeke.
Bern, die Bundesstadt der Schweiz.
Durch neue Verbesserungen laustarke Wiedergabe!
Anfangszeiten bitte nach Möglichkeit einhalten:
Wochentags 1/8 Uhr, 1/2 Uhr und 7/8 Uhr.
Sonntags 1/8 Uhr, 1/2 Uhr und 9 Uhr.
Freikarten haben nur Mittwochs Gültigkeit.

KAMMER KL LICHTSPIELE

Heute Donnerstag zum letzten Male!
Fritz Kemps u. Le Parry in **Autobus Nr. 2. Ferner Balalaika-Nächte.**

Ab morgen Freitag bis nur einschl. Montag
Das wilde Abenteuer dreier verwegener Burshen, Außenseiter der Gesellschaft, die als Ueberläufer aus der französischen Legion mit aufständischen Arabern das letzte einsame Wüstenfort besetzt halten und mit grausamem Humor ihren letzten Kampf erwarten...



Das letzte Fort
Legionäre in Syriens Wüstenland

Regie: Curt Bernhard
In den Hauptrollen:
MARIA PAUDLER
Die blonde Gefangene der drei wüsten Gesellen, die sie mit hungrigen Augen umschleudern - die einzige Frau am Rande der Zivilisation
HEINRICH GEORGE
Der als Croff, der Mann mit der finsternen Vergangenheit, einen unvergleichlichen Typ in kontrollier Darsstellung zum Leben erweckt
FRITZ ODEMAR
Ist der "Reichshaber" des Furs - ein vom Leben hargeshimmerter, Sohn aus guter Familie mit der leisen Erinnerung an bessere Tage
Rolla Normann
Albert Steinrück
Fern von der Welt der Lichter, der Farben und der Schönheit vollziehen sich als die merkwürdigsten, spannendsten und erregendsten Tragödien. Diese wilde Geschichte des letzten Forts und seiner Menschen ist eine davon. Ein nicht alltäglicher Film von starker Intensität
*
Außerdem ein Zirkusfilm voller Humor und Tragik
Rummelplatz der Liebe
(Fahrendes Volk) - In den Hauptrollen:
Douglas Fairbanks Jun. - Betty Compton - Milton Sills.
Die Syndikats-Woche Kulturschau

DEUTSCHER AGO-BUND
DAB
SCHUTZMARKE

Bundes-Ago

Ausstellung
des fortschrittlich. Schuhmacherhandwerks

vom 20. bis 22. Juli 1930
im großen Stadtparksaal
Geöffnet von 9-7 Uhr - - Große Modenschau

Die richtigen, derben Stiefel für Arbeit, Beruf, Sport, Touren, Jagd
kaufen Sie am besten bei **allerhöchster Auswahl, erstklassiger, süd-deutscher Qualität, extra preiswert im**

Schuh-Haus Blume
Inh.: Johanne Blume
Halberstadt, Martiniplan 12
Fernruf 1044
Alle diese Waren sind mit meinem Stempel „Blumes Garantistiefel“ versehen.



Einige Beispiele:
Kadige Sportstiefel, schwarz, Kernboden 40-45 nur 9,80
Derselbe m. Doppeln, nur 12,90
extra schwer nur 14,50
" mit ganzem Lederfutter, besonders stabil, nur 17,50
Brauner Sportstiefel, kräftig mit Futter, geschl. Lasche 40-45, nur 14,50
Derselbe extra stark nur 16,50
" in echt Waterproofleder, Doppeln, Schnitt nur 20,00
Schaftstiefel, Langstiefel, Reittiefel, nur 22,00
Motorradstiefel, Doppeln, wasserd. Futter, nur 24,75
Täglicher Versand nach auswärt.

Frucht-Pressen
die verzinnt, von Mark 9,50 an
Glasbuttermaschinen
sowie als Schmelzschäler zu verwenden, 1 und 2 Liter, solange der Vorrat reicht
Mark 1,130 und 2,30
Spirituskocher
in großer Auswahl, Ballonkocher, von Mark 4,25 an
mit allen Ausführungen, liefere ich billigst.
Stühle, Mark 3,50
Tische, Mark 9,50

Otto Schulz
Inh.: Wilhelm Kesse
Eingang: Breitenweg 20 und Kahlgasse, neben „Epa“.

Zitlers Kleider-Platz
Engländer, Einhanden, Reigen, Wägen, Reporter, Vertikalen, Samitosen, Främbügel, kurz, ordentlich, Auffrischung Ihres Anzuges bewirkt schnell, bill und dauerhaft.
Zitlers Näh- u. Schneideri Breitenweg 27.

Synagogen-Gemeinde.
Freitag, 18. Juli, abends 7 1/2 Uhr. Sonntags, den 19. Juli, morgens 7 1/2 Uhr. Freitag 9 Uhr. Sabbat-Abgang: 9 Uhr. 21. Juli, Sonntags, morgens 9 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.

Hamburger Fischballe
Marinplan 33, Telefon 272
Lebende
Male und Gelele
Täglich frische Gelele, ff. Räucherwaren ff. Waiver- u. Acvinae

Sonnengebräunt
durch
Nivea-Oel
auch das beste Mittel gegen Sonnenbrand, Flasche 1,25
Jade-Salbol 1,85
Diaderma 1,20

Phlegma
Drogerie
Fritz Bösche
Breitenweg 11-12.

Quedlinburg Freibank
Freitag, den 18. Juli 1930
von 10 bis 14 Uhr
15 Zentner Fleisoh
Rohes Rindfleisch Pfund 30 und 50 Pfg.
Rohes Schweinefleisch Pfund 60 Pfg.
Ged. Schweinefleisch Pfund 50 Pfg.

Thale (Harz)
Verkauf
morgen Freitag und Sonabend
fr. fettes Rindfleisch
a Pfund 90 Pfg.
Gedautes Schweinefleisch 1,00 Mk.
Rouladen 1/2 Pf. 1,20 Mk.
Niedermeyer Albert Riegeler,
Abstrapentage 10-11

Fisch ist Commernahrung
blutreich direkt vom Fischbassin
Rabeljau u. Geelachs . 25 Pfg.
alles andere zum billigsten Tagespreis.

Verkauf: Freitag **Breitenweg 52** Lorenz
Inhalt
Fisch-Jürgens Weisermünde
ff. Fischereierzeugnisse
Ein gutes Glas Altbier
gibt es im
Vortmunder Union-Bräu (früher Adrian)
Schulstraße 37.
1/8 Stange 45 Pfennig. 1 Sedel 20 Pfennig.
Schmerzleberer Kloster-Bräu
1/8 Stange 55 Pfennig. 1 Sedel 25 Pfennig.

Quedlinburg.
Beerdigungsinstitut und Gargmagazin
von Wld. Friedrich, vormals Ad. Frau.
Langestraße 3.
Ueberrahme ganzer Beerdigungen
auch nach auswärt.

Oschersleben.
Sozialdemokratische Partei
Ortreibereiner Diersleben (Vode).
Volkskassen, Parteigenossen u. Genossen in Kreis Diersleben
Sonntags, d. 19. und Sonntag, d. 20. Juli
findet im „Zandpark“ in Diersleben unser
großes
Bolts- und Commer-Fest
mit vielen Beisetzungen und Unterhaltungen statt.
Der Sonabend gehört den Kindern mit Feuerwerk, Schießereien, Feuerwerken, u. m. a. u. s. und Wägenverstellungen.
Der Sonntag bringt für Ermüdete Genossinnen, Preisverteilung, Ueberführungen, das Gildelied, allerhand Kunstweil und Geminne.
An beiden Abenden ist großer Festball
Tanzgeld: Sonntags 20 Pfg., Sonntags 10 Pfg.
Freibeitrag für beide Tage für Ermüdete 20 Pfg., für Kinder 10 Pfg.
Der Festauschuß.

Wernigerode

In der Privatklagefacke
des Amtsgerichtsamt a. D. Dr. Rudolf Weiser in
Bermerode gegen den Reaktor Fritz Mollenhuth
in Halberstadt hat die kleine Sitzkammer des Landgerichts
in Halberstadt am 31. Januar 1930 für Recht erkannt:
"Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Äußerung
in Zatehmit und öffentlicher wüderlicher Beleidigung
an einer Geldstrafe von 75 - Fünftundfiebzig - Reichsmark
an Haftstrafe von 6 - Vier - Tagen Gefängnis
verurteilt. Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens."

Waldbühne
im Lustgarten
Gastspiele
Ludwig Wüllners
Heute 8 Uhr „Laila“
Morgen 8 Uhr „Laila“
Mark 0,50 bis 2,00

CAPITOL
Modernste Tonfilm-Bühne am Platz!
Freitag 6:30 Uhr Premiere
des in allen Großstädten mit ungeheuerem Erfolg aufgeführten deutschen

100% Groß-Tonfilmes
Die Nacht gehört uns!

Ein sprechender Film nach dem gleichnamigen Schauspiel von H. Kistenmaekers
Regie: Carl Froehlich

Es sprechen, singen und spielen:
Hans Albers, Charlotte Ander
Otto Walburg, Walter Janssen, Ida Wüst
Julius Falkenstein, Lucie Englisch u. a. m.

Mit diesem Werk, vorgeführt auf zwei der modernsten Theatermaschinen, elwandfrei wiedergegeben auf unserer bestens bewährten Tonfilm-Apparatur, sind wir überzeugt, unserem geehrten Publikum das Beste vom Besten zu bieten.
Beginn: Wochentags 6:30 und 8:45 Uhr
Sonntags 4:00, 6:30 und 8:45 Uhr

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 165

Donnerstag, den 17. Juli 1930

5. Jahrgang

Stadtverordneten-Sitzung.

(Schluß)

Bei der nunmehr einsetzenden Beratung des Hauptauswahlsplanes, stießen die Gemüter zuweilen sehr hart aufeinander. Sogar persönliche Verunglimpfungen gab es dabei. Es ist auch ferner, wenn Stadträte in mehreren Sitzungen vom Magistrat einen Stellenrat einfordern und nach dem sie erhalten haben, erklären, mit diesem nichts anfangen zu können? Sie wollten eigentlich eine Nachweisung über die derzeitigen Bezüge der Beamten und Angestellten und glauben, das im Stellenrat zu finden. Trotzdem in der ersten Sitzung der Vorsteher erklärte, daß jeder Stadträte in 48 Stunden vorher auf dem Stadtschreiber die Vorlagen einreichen muß, hat bisher fast keiner der neuen Stadträte diesem Recht Gebrauch gemacht. Im Büro des 1. Bürgermeisters wird den Stadträten auch eine jede gewünschte Aufklärung gegeben. Für solche Anfragen sind auch die Kommissionsberatungen da. Wenn da jemand sich dort eine Frage erlaubt, die eine gewisse Unentschiedenheit veranlassen könnte, fällt das nicht in unangenehm auf, wie in öffentlicher Sitzung. Wenn man sich den Anträgen stellt, als man die Kommunalpolitik als etwas Selbstverständliches längst hinter sich hätte, darf man nicht den Anträgen erwidern, als verlange man nur persönliche Interessen und seiner Mißbegierde. Wer sich mit der Stadträte und mit dem im Besitz eines jeden Stadträten befindlichen Geschäftsordnung näher befaßt, weiß, daß der Magistrat, so oft er es verlangt, jederzeit (also auch außer der Reihe der bezeichneten Beamten) gehört werden muß.

Bezüglich mancher Antrag des Stadts. Reichmann, der aus dem Kopfe der „Harzer Volksstimme“ nachkommen würde, daß diese keine Wernigeröder Zeitung ist und deshalb auch bei den amtlichen Bekanntmachungen nicht herangezogen werden könne. Der 1. Bürgermeister wies nach, daß bei der Vorbereitung der „Harzer Volksstimme“ diese Leser ein Recht haben, die amtlichen Bekanntmachungen genau so in ihrer Zeitung lesen zu können, wie andere Bürger in ihren Blättern. Die Gemüthen Otto u. Godecke bezeugten das Vorgehen als Nachlässigkeit. Die beantragte Vergewaltigung eines Dritten der Bevölkerung werde folgen zeitigen, die man sich hauptsächlich nicht trümen sollte. Auch Stadts. Böllner trat gegen den Antrag auf, der dann gegen 12 Fürstimmen der Liste Stadtmoos und Weßler abgelehnt wurde.

Die Abstammung wurde entgegen dem Statuten auf 300 A angelegt. Beim Kapitel „Schulen“ hat Stadts. Müller, die Schuldgeber beim Gymnasium etwas schärfer einzuwirken, es nicht angehe, daß einzelne Eltern Schulgebühren bis zu 500 M nachzahlen hätten. Godecke und Niemann kritisierte ebenfalls diese solche Handhabung der Einziehung der Schulgebühren. Am Abend 6000 A fänden an ein Schulhaus aus, das bis 1926 zurückreide. Der Aufsicht zum Kartellator u. die Verschönerung der Altpfaffen-Wärfelstein geben auch Anlaß zu kritischen Betrachtungen. Dann kam wieder das Hauptthema der Nationalsozialisten, die „Nationalisten“. Sie können es nicht verstehen, daß ihr Mitglied Hinfie einfach nicht mehr vom Magistrat als Bademeister weiter beschäftigt wird. Stadts. Grischen erklärte, daß seine Partei nicht eher rufen und rufen werde, bis Hinfie wieder in seiner Stellung sei. Am Laufe der Debatte kam es wegen der Verleihen im Ratsteller zu sehr starken Ausdrücken, welche dem Vorsteher vorangetragen, dem Magistrat anheim zu geben, aus dem Verhalten des Stadts. Böllner die nötigen Konsequenzen zu ziehen, da er dem Bauamt „höfliche Schimpereien“ nachgelegt habe. Der Gen. Müller nahm sich die Gegner des heutigen Bademeisters vor und wies die unersetzten Angriffe des „Trommler“ als in jeder Hinsicht nicht den Tatsachen entsprechende zurück. Selbst „deutsche Turner“ müßten zugeben, daß unter den Bewerbern auch nicht einer gewesen sei, der nur anmaßend den Anforderungen gerecht werden konnte. Stadtrat Gen. Bartels gab als Deponent in der nächsten

Eigentum sich befindlichen Gattin Aufklärung, wie die Herren Böllner und Maritzky zu dieser reinen Privatarbeit gekommen seien. Und wenn der Stadts. Böllner der Ansicht gewesen wäre, daß hier die „größte Schlinge“ vorgenommen worden sei, dann hätte er die Pflicht gehabt, die Angelegenheit zu verweigern und sich zu erkundigen, wie die Dinge tatsächlich liegen. Der Aufforderung des 1. Bürgermeisters, klipp und klar die Vermutungen gegen das Bauamt zurückzunehmen, kam Stadts. Böllner nicht nach. Die Stadts. Grischen, Wenzel und Tänger verließen nachzugehen, daß Böllner das Bauamt nicht gemeint habe. Bei der vorgenommenen Abstimmung darüber, ob die Verklammerung der Ansicht ist, daß Stadts. Böllner dem Bauamt Schimpereien vorwarf, waren zwölf Stadträte dem vereinerbter Ansicht, während 15 bestanden, daß dem Bauamt überhöfliche Schimpereien vorgeworfen sind. Der Magistrat wird aus dieser Affäre die Konsequenzen zu ziehen haben. Dem Magistrat wurde nach dieser hitzigen Debatte anheim gegeben, die Preise im Waldhof gegenüber dem Neffetal um 25-33 Prozent herabzusetzen, und zwar mit sofortiger Wirkung. Nachtrag wird gewünscht, daß alle Lieberhäuser aus dem Waldhof für die bauliche Verbesserung dieser Anfall verwendet werden.

Stadts. Grischen beantragte, die Anliegerbeiträge für die Straßenreinigung herabzusetzen, worauf der Vorsteher darauf hinwies, daß dieser Vorschlag dann durch andere neue Steuererhöhungen gebildet werden müßte. In den unangenehmen Sperzmüll besorgen zu können, rege Stadts. Böllner an, daß zweimal in der Woche ein offener Müllwagen durch den Waldhof zum Stadts. Reichmann hat, die Reinigungsmaßnahme auch auf die Hofanlage und Stadts. Tänger, an der Zillerbach auszuweiten. Der Antrag Grischen, alle häßlichen Objekte, besonders Kurhaus, Kegelhäuser, stöckige Häuser und häßliche Mäuer, die eine Zulaufschwierigkeit darstellen, zu verkaufen, verfiel der Ablehnung, da nach den Ausführungen des Vorstehers und Bürgermeisters die Anlagengeldern doch weiter vermischt und amortisiert werden müßten und lange nicht die Anlagengeldern bei der Veräußerung herauszuwirken seien. Der Vermögensausschuß soll sich mit der Angelegenheit befassen.

Das Kapitel „Schulden- und Steuererhöhung“ gab noch zu einigen Ausführungen Anlaß, die Zusammenfassungen mit dem Stadts. Böllner traten. Die Gemeindesteuerverhältnisse sollen in derselben Weise wie 1929 sein werden und zwar: 250 Prozent zur fiktionalen Steuerzahler nach Ertrage, 1200 Prozent zu den Gewerbesteuergrundbeträgen nach der Lohnhöhe und 20 Prozent über vorbestehende Zulage zu Gewerbesteuer hinaus für Verleihen, Renten, Kredit und Warenhaus-Unternehmungen, die im Stadts. Böllner, eine in ihm ihren Hauptzweck zu haben, Betriebsstätten unterliegen (Zwecksteuerzahler). 250 Prozent zu den anderen Steuerleistungen haben sich zum Teil zuzunehmen, zum Teil abnehmend geändert. Der Antrag Wenzel um Steuererhöhung führte wieder zu der unlieblichen Feststellung, daß der Antragsteller in der Finanzkommission bei der Schlußfassung keinerlei Einwendungen erhoben hat und jetzt, um noch außen zu wirken, derartige Angriffe stellt, die aber gegen sechs Stimmen abgelehnt wurden. Selbst die Nationalsozialisten verließen dem Stadts. Wenzel diesem die Gefügigkeit.

Der Haushaltsplan wurde in Einnahme und Ausgabe auf 3 289 526 Mark und der außerordentliche auf 1 465 400 Mark festgelegt. Die Nationalsozialisten gaben die Erklärung ab, dem Etat nicht ihre Zustimmung geben zu können. Mit 14 gegen 12 Stimmen wurde der Haushaltsplan dann genehmigt und zwar mit der Bedingung, daß mit dieser Zustimmung keinerlei Bindungen bezüglich des Kurhauses und der Kegelhäuser festzusetzen sind. Bei der Entlastungsabrechnung für die Jahresrechnung

der Stadthauptkasse für 1928 wurde festgestellt, daß dem Vorstehertrag von 299 228,27 Mark Einnahmeverluste in Höhe von 376 185,77 Mark gegenüberstehen. Gemalte Plena n beantragte eine Aufstellung all dieser Einzelpositionen den Stadträten zugänglich zu machen. Das soll geschehen.

Stadts. Grischen fragte den Magistrat, ob er in der Lage sei, über den Karstadt-Betrieb und die dortigen Entlassungen Auskunft geben zu können. Gen. Stimmiller erklärte, daß im Einklang mit dem Betriebsrat eine Stilllegung bis 11. August vereinbart sei.

Außerdem fand eine nichtöffentliche Sitzung statt, welche sich mit dem Gasvertrag beschäftigte. Um 11 Uhr war Schluß.

WERNIGERODE

Gedenktage.

17. Juli.

1790 (Engl. Nationalist, Ad. Smith) — 1793 (Friedr. Feudalpro, in Frankreich) — 1793 (Charlotte Corday auf dem Guillotinen) — 1860 (Schriftstellerin Clara Wiebiga) — 1922 (Selbstmörder der Rathe, namend der Fischer und Kern) — 1928 (Hilf. Staatsm. Gio. Giolitti) — 1928 (Merito: Oregon ermordet).

Schutz bedeutender Bauten gegen Verunstaltung.

Ein Baufall, in dem ein Bauamt in seiner äußeren Erscheinung durch die Errichtung eines Gebäudes im Rahmen der Nachbarstadt stark beeinträchtigt wurde, gibt dem Preussischen Minister für Volkswohlfahrt Veranlassung, die Zimmermeister der Baupolizeibehörden auf den Schutz der Gebäude von Denkmalswert gegen Verunstaltung von Bauausführungen am Baumerfeld oder an benachbarten Grundstücken hinzuweisen.

Wie der Amtliche Preussische Präsident mittels ihm, sind in der Regel solche Bauten durch Ortsrat auf Grund des § 2 des Gesetzes vom 15. 7. 1907 gegen Beeinträchtigung besonders zu schützen. Liegt ein solcher Schutz vor, so sind über die Baupolizeibehörden gemäß § 6 a. a. D. vor Erstellung oder Verlegung der Baugenehmigung Sachverständige zu hören. Sofern keine geeigneten Sachverständigen am Orte selbst sich befinden, kommt als Sachverständigen in erster Linie der Provinzial-Landrat in Betracht, dem unter dem Bauvorhaben zur Stellungnahme zuzuleiten ist. Das gleiche gilt für die Entwürfe zu Bauten auf den in der Umgebung des Bauamtes liegenden Grundstücken, sofern die Beeinträchtigung des Bauamtes beeinträchtigen können.

Aber auch jenseit die Bauten nach nicht ausdrücklich durch Ortsrat gegen Beeinträchtigung geschützt sind, ist es zweckmäßig, daß die Baupolizeibehörden vor Erstellung der Baugenehmigung gleichfalls mit dem Provinzial-Landrat zur Stellungnahme zuzuleiten.

Stets ist aber dafür zu sorgen, daß das baupolizeiliche Genehmigungsverfahren durch die Anhörung des Provinzial-Landrats nicht in unersetzlichem Maße verzögert wird.

Das tuberkuloseverdächtige Kind.

Das schreckliche Kinderfieber in Lübeck, das immer noch nicht aufgehört hat, hat einen ersten Hintergrund: nämlich die Tatsache, daß eine große Anzahl von Kindern schon im ersten Alter tuberkulosekrank sind.

Die Diagnose der Tuberkulose im Kindesalter ist von besonderer Bedeutung. Um die Kinder rechtzeitig ärztlicher Hilfe zuzuführen, darf nicht erst gewartet werden, bis sich deutliche Krankheitserscheinungen zeigen, sondern schon beim Verdacht einer solchen Krankheit muß ärztliche Hilfe aufgesucht werden. Die Frage ist nun: Wann ist ein Kind tuberkuloseverdächtig? Tuberkuloseverdächtig ist:

1. Das Kind, das überflüssigen Räume des Vermietungslokals geatmet. Unter allen den Mädchen und Frauen, die sich brüsten und stießen und nordrängen, hatte er herausgefunden sie. Die befehdigen in einer Ecke stand und trampelte über ihr Zeugnisbüchlein in der Hand hielt. Er hatte sich ihre Ärmel angesehen, während sie verlegen an ihrer Schürze zapfte — glänzend waren die ja nicht! Aber er hatte mit seiner Wimper gezuckt. Wenn man seine großen Mittel hat, darf man keine kleinen Ansprüche machen, noch dazu, wenn fünf Kinder in einem Hause sind. Mit heimlicher Belohnung hatte er sie beobachtet — würde sie sich übernehmen? Doch das Klingeln erst acht Tage alt, verführte er.

Mit heimlicher Belohnung hatte auch sie einen gewissen Blick auf ihn gewagt — würde er sie nehmen! Trotz der Zeugnisse! Wenn der sich schon daran stieß, wo sollte sie denn noch einen Dienst herkommen? Und sie mußte doch einen Dienst haben! Alles Blut nach ihr aus dem Gesicht, ältersd handte sie auf ihren Hüften, die noch schwarz waren von der Entzündung und gelblich von der Anstrengung des weiten Weges und des langen Sitzens.

Eine Zeit fiel ihr vor Herzen, als er sagte: „Ach gebe fünf- undvierzig Taler!“ Sie atmete tief auf.

Da sie nicht sofort sprach, nahm er an, sie zögere, die fünf- undvierzig seien ihr nicht genug, und so legte er höflich hinzu: „Zwanzig!“ Das ist aber auch das Alleraußerste!

Sie waren beide froh, daß sie sich gefunden hatten. Gern hatte Mine ihre letzte Waise an der Kasse bezahlt und dann den Dreizehntaler den Herr Wülfen einen hübschen Wertmoms entnommen, wie ein Niefenschein mit glänzenden Augen betrachtet. — So war Mine nun schon über ein Jahr im Wülfen'schen Hause. Die blaße Frau Wülfen, die ein ewiger Husten quälte, hatte noch kein so gutmütiges Mädchen gehabt. Hier war Mine ganz an ihrem Platz; von der ersten Stunde an, in der sie mit dem fröhlichen Tritt ihrer innewandern Schritte an das Lager der noch frönen Frau getreten und dieser das schreiende Kind aus dem schmalen Arm genommen, bis heute, da sie noch immer mit der gleichen Unermüdlichkeit Windeln wusch.

Herr Wülfen hatte bessere Tage gekannt; guter Leute Kind, hatte er ein eigenes Geschäft besessen; es war nicht seine Schuld, daß es damit bergab gegangen war. Er hatte Unglück gehabt; trotz allen Fleißes ließen sich gebote Verluste nicht ausgleichen. Und er war, wie praktische Leute labelsn sagten, von einer ungläubigen Vertrauensseligkeit, die seine sonstige Züchtigkeit lahm setzte. Dazu fünf Kinder, ziemlich reich hintereinander, und eine krank-

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Wiebiga.

42. Fortsetzung. (Abdruck verboten.)

„Über der Arbeit — wo — wo ist der?“

„Falls! Einem schönen Tages ausserdient!“

Mine stieß einen ältersd entsetzten Schrei aus.

„In die Lebensfalle hat er michn geführt! Niemand tot ausgeräumt. Darüber redt! Die Die natürlich nicht, aber Elftigen hat's mer erzählt. Die ganze Lebensfalle, an die hundert Mark! Saha!“

„Gefch-ien?“

Das war ein gellender Schrei! Mathilde sprang erschrocken zu Mine vor, totentfesselt gemorden und schwochte. Schmer lehte sie sich wieder auf den Schiefers. Ihre Lippen waren ganz weiß geworden.

Zeit lagte sie zitternd: „Hab mer ersfordern,“ und warf zugleich Mathilde einen furchtlichen, Schweißes heißenden Blick zu.

„Bertha schmeißte weiter. „A, das's ne neue Geschicht! Ne, du bis wachhaftig aber gutmütig, Mine! Deine Veranwandtschaft ist wech Gott nich so liebenswürdig zu der. An den Wenzel is ja nicht!“

„De Tante tut mer doch sehr lieb,“ flüsterte Mine und senkte den Kopf tief auf die Brust. So sah sie stumm und hörte, was Bertha noch beridete. Diese malte den Schmerz der Reiche, das Schicksal des verlorenen Soldates, mit einer gewissen Willkür, in recht großen Farben aus.

Es war eine Erklärung für Mine, als Bertha sich verabschiedete. Zeitnahms reichte sie ihr die Hand; nur als die andre schon auf der Schwelle war, fiel's ihr noch einmal ein: „Bertha, du Bertha's so doch ja nicht! Du weechst schon, die de Frau, die Stelle for mer!“ Um Gottes willen, tu her um!“

„Ja, ja!“ Bertha nickte und lächelte.

„Und Mine nickte und lächelte wieder. So lange behielt sie ihre Fassung, aber als die Tür sich hinter Bertha geschlossen hatte, wankte sie auf das Bett zu, warf sich schwer nieder und verdrog den Kopf in dem Kissen. Geföhlen — ?! Das war ein Todes-gehr.“

„Bertha tut mir ganz keine Freude. Alle Ihre Mühen werden sich erfüllen, die Sonne des Glückes lächelt Ihnen“ das war nicht ohne! Vergnügt lümmend wollte sie eben ins Tor schlü-

fen, da prallte sie gegen eine Dame. Laulios war die plötzlich aufgestaucht, wie ein dunkler Schatten. Ein strafender Blick traf Bertha.

Juh, war das ein langes, bürrtes Gestalt. Bertha rief sich die runde Schulter, an der sie noch den Stoff ihrer spitzen Knoschen fühlte.

„Hut in Keller hätte sie, das sei Grünlein Hofbortorn gewesen, die reiche Rentiere oben im zweiten Stock, die sehr fromm war und sehr wohlthätig. „Aber doch geizig,“ sagte Frau Reiche. „Hier in 'n Keller kommt sie fast jarnich, it weech nich, woen die lebt! 'n Mädchen, hat je ooch nich. Wenn je mal zu uns kommt, denn immer in de Schimmerkünde, an denn part je for 'n Sechser Wöhrrin in ihre ois verführte schwarze Aderfalle!“

Die ganze Nacht träumte Bertha von Grünlein Hofbortorn streuenden Blick und ihrer alten schwarzen Lederfalle.

Auch Mine träumte, wilde, beängstigende Träume, aus denen sie plötzlich jäh erwachte.

Es mochte gegen Morgen sein, ein bleider Schimmer des sich löstlicher färbenden Himmels fiel gerade auf das Bett. Ihr war sehr schlecht. Von einer peillosen Angst getrieben, stand sie auf, leupete mit bloßen Füßen an ihren Rord und suchte ihre notwendigsten Haushaltsgegenstände zusammen, — daß sie nur so alles bestimmen hatte, wenn sie so zu einer Frau müde! Sie fühlte es: ein ungeborenes Etwas bereitete sich in ihr vor.

Ein schrecklicher Froh trieb sie wieder ins Bett zurück. Da tauchte sie, halbvergessen, in die kalten Schwelz gebodet, die Anter frampft heraufgezogen die Ellbogen, die Seiten gewack, mit verzerrtem Mund. Als die Sonne kam, wackte sie Mathilde, die ruhig neben ihr schlief. —

Ein Sonntagtag war angebrochen, ein lester Montag, so warm, so golden, daß der Sommer schon da schien mit reifender Fülle. Es wurde drückend heiß. Die wilden Wästenküme am Tempelhof froh, die des Morgens noch in Knospen gestanden, blühten am Mittag.

Als der Sonnenball sich endlich neigte und ein erlösender Aufbruch die Schwüle des Tages milderte, erste und in Mathildes Kammer ein hünes, sommerliches Stimmchen — der erste Scheit!

XVI.

Am Mietsbureau in der Sägerstraße hatte Mine den Dienst gefunden. Herr Wülfen selber hatte sie gemietet. In seinem etwas schäbigen Lieberhäuser und dem blank gebürsteten hohen Hut war er



2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 165

Donnerstag, den 17. Juli 1930

5. Jahrgang

Herr Zirpich in Berlin.

Ländliche Sittlichkeit und Berliner Sirenen. — Eine Diva in Hemdchösen.

Der Landwirt Bernhard Zirpich wurde vom Schöffengericht Berlin-Moabit wegen großer Verwahrlosung und fälschlicher Besetzung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen mit Bewährungsfrist verurteilt.

Der Fall des Landwirts Bernhard Zirpich ist bekannt freudlich zu nennen. Herr Zirpich, ein schlichter Mann vom Lande, da wo es am länderlichsten ist und wo das Wort Justitia mit den bösen Anzeichen der Daband belastet ist, kam nach Berlin, sah und empörte sich. Man hatte ihm in seinen Heimatsort schon manderlei schämige Dinge von dem „Einheitsband der Großstadt“ erzählt, so daß er mit bösem Mißtrauen gegenpöbel die Reichsstadt betrachtete. Indes, auch die selbste Karte kam einmal ins Spiel, gerieten und Herr Zirpich, dessen moralische Integrität außer jedem Zweifel steht, wurde das Opfer jener schleichenden Gifte, denen 3. B. auf der „Grünen Wache“ die öffentlichen Herren von Mar und Spinn in Massen zu erliegen pflegen.

Herr Zirpich, der sich gefolternd in Berlin aufhielt, konnte sich den ständigen Klängen jener betenden Sirenen, die die ganz und halbmündigen Viertel der Stadt zu besetzen pflegen, nicht ganz entziehen und unterzog das Wunder der großstädtischen Sinnhaftigkeit einer eingehenden Unterlebung, die neben anderen nicht ohne materielle und affektuelle Folgen für ihn blieb. Viele dieser Dinge, die in nicht unterlagelassenen Verleufes sehr harmlos und sehr uninteressant laut machten. An diesem Sino wurde einer jener sentimental-führenden Liebesfänger gepöbel, wie sie die Anbuhler zu Tausenden für den schlechten Gesinnung herzustellen liebt. Mit viel Schmalz und viel Grotz, mit viel Tränen und bisserel-überflutenden Begehren, mit viel falsch angewandter Moral und noch mehr Bergeheiß, kurz, jene Produktion am laufenden Band, die so wunderbar den Schülern der Hintertrappe abgeleuchtet ist. Keineswegs kam diese parfümierte Süßholzschlange allein über den Landwirt Zirpich mit der länderlichen Vereingemtheit gegen den Segen, oder vielmehr den Unsegen der Großstadt so leichtlich in Wallung gebracht haben, wie es bedauerlicherweise geschahen ist. Eherlich hat bei Zirpichs widern Ausbruch auch der vorher rechtlich gesunde Verstand mitgeschwiegen! Nebenbei erfolgte plötzlich zum großen Erstaunen und Humillen der dortigen Bärden, die im wöchentlichen Dunkel des Aufschmerzens wegen der vermerkten Ereignissen auf der Leinwand, als dem Deinger ihrer Jarrlichteigenschaft folgten, der zornige Ausbruch einer harten Männermilch. „Das ist ja eine verurteilte Sauerer! Inhaftlich, was in dieser Waffertopf Berlin alles gezeigt werden darf. Da fällt man mit der Mühseligkeit beizufassen fahren! Die Frau soll sich schmeigeln anziehen!“ Diese Frau, die dem abstoßlichen Herrn Zirpich darat förmlich auf die moralischen Herzen ließ, war eine amerikanische Filmdiva, die gerade, feuch in Hemdchösen und Seidenstrümpfe gekleidet, mit einem nicht leichteren Hochschrei im Still der Conterb-Wähler tollte.

Das Grotz, das der markte Protest des fittig empörten Landwirts fand, war laut und weisheit. Eine Anzahl Bärden erbat sich, ercept jegliche Beeinträchtigung ihres ordnungsgemäß besetzten Sinnes, die Bärden führen entsetzt in die Höhe und loben in Herrn Zirpich einen geschäftigen Säurer der allgemeinen Luftarbeit, fürzum das ganze Sino geriet in Aufruhr. „Sais! Wau, alte Mutter!“ „Was unternimmt der liebe Kaffas, den haben sie wohl zu begreifen verstanden!“ „Zah zur Heilserne und las die Sindertermpel!“ Das waren die lauffesten Ausbrüche, die dem grimmigen Landwirt um die Ohren schwirren. Über Herr Zirpich, in dem erhebenden Gefühl, im Namen der ländlichen Sittlichkeit eine Schlichte zu schlagen, gab keine Ruhe. Er protestierte immer laut und in derbsten Worten, er wurde in dringenderem Tonfall, daß sich die Dame in Hemdchösen u. Seidenstrümpfen schmeigeln eines schätzlichen Schillens bedienen solle. Ein glanzvoller Kampf um die stärkste Lunge begann, aber man muß es Herrn Zirpich allein, selbst gegen die immerhin überlegene Mehrheit seiner Widersacher stand sein Mundwort seinen Mann. Der Lärm wurde schließlich so groß, daß der Saal erleuchtet wurde und der Geschäftsführer höchst persönlich den stützig entzündeten Prophezen aus der Brauung in Angewandtheit nahm. Es entspann sich nunmehr der folgende tiefe Dialog: „Warum trauelst du Sie nicht ins Her?“ Sie sind doch nicht allein hier. Nehmen Sie gestattet Mühselig auf die anderen Leute. Wenn es Ihnen nicht paßt, dürfen Sie nicht ins Herlaufen lassen. Für mein Geld mache ich so viel Krach, wie ich will. Wo schämen Sie sich denn gar nicht, solche Schweinereien zu sagen?“ „Wachen Sie gefälligst, daß Sie rauskommen, sonst hole ich die Polizei.“ — „Nun gerade bleibe ich hier. Ich will doch hören, ob das mit der nackten Frau zu meistert. Na, in Berlin ist ja alles möglich.“ — „Wenn Sie sich antändig benehmen, können Sie hier bleiben. Aber beim ersten Muts fassen Sie hinaus.“

Der Saal verdundelte sich wieder, der Film nahm seinen Fortgang. Als die Antisch eregende Diva nun auch noch ihre Seidenstrümpfe auszog, war es um den Landwirt Zirpich geschehen. Er legte wie ein Wilder nach dem Geschäftsführer, nannte den Film eine „Barler Sauerer“ und legte, er würde nicht eher aus dieser Väterchei megehen, bis man dem Schandfilm vom Spielplan ab-

geholt habe. Am Zuschauerraum entstand ein fürchterlicher Tumult, das Licht wurde angebracht und aus dem Saal kam mit hochgeräuschem Kopf der gepöbelte Geschäftsführer herausgeschleudert. „Aus!“ — war das einzige Wort, das er in seiner überflutenden Wut dem entseelten Mann aus der Brauung nach zurufen konnte. Der, von Sittlichkeit und Wohlstand zugleich überläufig, warf sich auf den Geschäftsführer und löste ihn mehrfach ins Gesicht. Am Standbühnen war ein weißer Hörsprecher im Gange, die, um im Mitleid zu bleiben, der Großstadt in einem Hörsprecher. Filmsteller wiederig gemeldet waren. Zwei Minuten später ließ der antiaffektive Landwirt, klar rampontiert, auf der Straße, wo er von zwei Schupobachanten liebesvoll in Empfang genommen wurde.

Auf der Stern Zirpichs Schlichterförmigkeit ein wenig angenehmes Nachspiel vor dem Schöffengericht. Der Geschäftsführer des kleinen Kinos gibt eine so löbliche Schilderung der unmühseligen Vorfälle an jenem Abend, da Herr Zirpich die Berliner Sittlichkeit reformieren wollte, daß die Chancen des Angeklagten erheblich unter den Nullpunkt zu sinken beginnen. Auch die Gatte des Kinos, lomeit sie als Zeugen aufmarschieren, sprechen sich läntlich gegen den Angeklagten aus. Nur Herr Zirpich ist der Angeklagte nicht, daß er richtig gehandelt habe. — Das geht in die Höhe und „Heren“...“ sagt er, womit er die Diva in Hemdchösen meint. „Da muß doch ein Mann in Erregung geraten.“ „Kinoelch scheint für Sie nicht das Richtige zu sein, seien Sie in Zukunft vorlässiger“, sagt der Vorlesende mahnend und wirft Herrn Zirpich einen tiefsehenden Blick zu.

Lawrence, der Weltintrigant.

Die türkische Zeitung „Watt“ meldet, daß der berühmte Oberst Lawrence, der englische Weltintrigant, bei dem jüngsten Luftsich in seine Hand im Spiel gehabt hat.

Oberst Lawrence ist die geheimnisvolle Figur des großartig raffinierten englischen Spionchefs und im Westen. Nachdem mit der MacDonald-Regierung eine neue Ära der Verständigung und der christlichen Friedensbereitschaft in der englischen Weltpolitik begonnen hat, konzipieren die aberverleugerten und begagten Conditieris a la Lawrence auf eigene Faust. Dieser Oberst, dem man eine fabelhafte Geschäftigkeit und ein nicht gewöhnliches Maß von physischer Begabung nachsagt, ist einer jener politischen Hochflieger ganz großen Formats, die nur im Dunkeln zu arbeiten vermögen. Es gibt einen Sad voll Anekdoten um diesen Mann, der es wie kein anderer versteht, als Manger des Unlirbens im Orient seine Anonymität zu wahren.

Quest wurde die Welt während des großen Krieges von 1914 bis 1918 auf den Oberst Lawrence aufmerksam, als er in Bekantnis mit sich reden machte. Dann war es eine Zeitung, die ihm, wie er bei den China-Wirren wieder aufkaufte. Hier betätigte er sich als Wegbereiter der englischen Interessen und soll einen riesigen Fonds zur Lorrainment-Bestimmung der öffentlichen Meinung zur Verfügung gehabt haben. Auch geriet er als Organist der Weltanschauung in den großen Schacher um die Seele des chinefischen 400-Millionenvolkes ein.

Als Aman Allah in Afghanistan eine energische Reformen des Landes in harter Anlehnung an Moskau und den Bolschewismus betrieb, ging der tüchtige Oberst nach Afghanistan. Hier ließ er sich bei den in Opposition stehenden Bergkämpfern nieder, fand mit Geld und klugen Worten in nähere Verbindung mit den einflussreichen Stammeshäuptlingen, leitete die Organisation auf und organisierte den militärischen Angriff auf Aman Allah. Während der sorglose König in Europa Honneurs machte, traf das Feuer des Aufbruchs, von dem genieten Abenteuer Lawrence gelegt, löselend um sich. Kurz nach der Rückkehr Aman Allahs brach der Brand offen aus, der Reformator mußte fliehen, seinen Ministern wurden die Köpfe für die Güße gelegt. Es war ein offenes Geheimnis, daß die afghanische Revolution einzig und allein das blutige Werk des Oberst Lawrence war.

Der Sturm der Öffentlichkeit war so bedrohlich, daß sich der Oberst wieder schmeigelt in die schützenden Arme der Anonymität zurückzog. Er wurde nach England verlegt und tat dort in der eng-

lischen Armee als einfacher Monteur Dienst. Als ihn die Interwieder überannanten und um Auskunft über sein geheimnisvollt Arbeiteln in China und Afghanistan baten, hüllte sich Lawrence in reich gehobelt habe. — Das geht in die Höhe und „Heren“...“ sagt er, womit er die Diva in Hemdchösen meint. „Da muß doch ein Mann in Erregung geraten.“ „Kinoelch scheint für Sie nicht das Richtige zu sein, seien Sie in Zukunft vorlässiger“, sagt der Vorlesende mahnend und wirft Herrn Zirpich einen tiefsehenden Blick zu.

Beucher, die ihn näher kennen gelernt haben, schildern den Oberst als politischen Hochflieger als einen etwas verschlossenen, heben und sehr vorsichtigen Mann, der, wenn er aus sich heraustritt, geistig ungemein beweglich ist. Sie rühnen seine Energie, seine Verschlossenheit, seine hervorragende Kunst, Menschen zu behandeln und sich gelällig zu machen. Er ist groß, eine sportlich durchtrainierte Gestalt, hat das typisch englische Kinn der Engländer und helle durchdringende Augen. Lawrence führt ein Doppelleben. Für sich selbst gewöhnlich von einer partamisch-einfachen und diskreten Lebensweise, ist er auf jenen abenteuerlichen Reisen geradezu verschwendungstüchtig großzügig. Wenn er in belonderer Mission unterwegs ist, um wieder irgend einen Lauffand in Szene zu setzen, oder die Umde der Verschönerung gegen irgend einen Unlirbner anzustellen, sollen ihm geradezu phantastische Summen zur Verfügung stehen.

Als sich in diesen Tagen an der persisch-türkischen Grenze die Sturben erhoben und die türkischen Truppen in einer heißen Schlacht vorübergehend vernichtet schlugen, war kein anderer als Lawrence der Mann, der die türkischen Truppen besichtigte und zum Sieg geführt hat. Er sitzt in Kurdestan, arbeitet die Komplanen aus, organisiert die Angriffsstruppen, — aber keiner sieht ihn. Niemand weiß Genaues, jedoch alle Welt spricht wieder von ihm. Die Zeitungen zweier Kontinente sind voll von Vermutungen über Oberst Lawrence und seine dunklen Pläne. Die romantischen Dunkel, das den Legendenhaft und so erfolgreich Engländer umgibt, ist nachlässig keine große Chance. Denn diese Hochflieger aus innerer Leidenschaft weiß um das U und O seiner Laufbahn: niemals im Scheinverleht das besten Tages zu arbeiten. So sitzt er im wöchentlichen Dunkel, heft, schürt und intrigiert...

sieht man vom Autobus herab. Und wer gute Augen hat, sieht auch durch die Mauern der Kontorhäuser, der Fabriken hindurch, wie dort der Einzelne sein Lebensgeschick erfüllt. Und wie die Gesellschaft für einander lebt. Was die Arbeiter hier dort in ihren Kampforganisationen geschaffen haben: „Produktion“, OEG, Baugewerkschaften, Hamburg-Altona, das Beispiel der Arbeiter-Bewegung.

Der Ostlund wurde besichtigt, der Hofen. Dieser aber befand sich durch die Fahrt mit dem Dampfboot. Entlang an den Freiheits-Anlagen, wo die unerschollen Waren lagern und die der Fremde nicht erbetri. Dann hindurch zwischen all den wilden Schiffern, welche den Weltverkehr besorgen. Hunderte von Fahrgästen aller Berufen und aller Nationen. Aber von den Landratten hat schon mal ein Schiff von ihnen begehrt. Die Gelegenheiten vor günstig. Einer der neuesten Fahrgast-Dampfer, die „New-York“ lag gerade im Hofen. Es ist feiner von den Oceanrienern, aber eins von den modernsten Schiffen. Dieses wurde dann besichtigt. Manah einer aber hat sich doch verkaufen, denn schon ist nachlässig keine große Chance. Denn diese Hochflieger aus innerer Leidenschaft weiß um das U und O seiner Laufbahn: niemals im Scheinverleht das besten Tages zu arbeiten. So sitzt er im wöchentlichen Dunkel, heft, schürt und intrigiert...

Nach ein schöner Vormittag gab Gelegenheit, eine verlegene nachgehenden Nachmittags um drei ging es dann wieder gemeinsam zurück nach Magdeburg, nach Halberstadt, nach Quedlinburg, nach Wipsterleben. In die Fron des Tages.

Wer keine Gelegenheit hat, diesmal mitzufahren, macht am 31. August, dem letzten Tage, an dem noch die alten Fahrpreise gelten, die große Alpenfahrt mit. Das kostet für sieben volle Tage insgesamt 70 Mark. Wer sich das leisten kann (und das muß leider nur die Wenigsten) hat eine schöne Ferienerholung. Möchten viele in der glücklichen Tage sein. A. M.

Landratten an der Wafferkanne.

Wenn die billigen Sonderzüge nicht führen, dann müßte wohl mander, der sich in schönen Sommertagen, wo sich die reiden Leute in den Wäldern aßen, auch mal Seeluft um die Nase wehen lassen möchte, zu Hamburg fahren. So aber kann jeder, der in oder um Halberstadt herum wohnt und über 35 Mark verfügt, sich das Vergnügen leisten, drei volle Tage die Wafferkanne mit ihren wirtlich erheblichen Sehenswürdigkeiten zu genießen. Und kein Mensch, der an Ende nicht voll befriedigt wäre. Die Herren von den Reichsbahnverwaltungen haben im Verein mit den kommunalen Stellen, die zur Förderung des Fremdenverkehrs errichtet sind, eine große Ersparnis. Und sie sorgen dafür, daß nicht nur jeder auf seine Kosten kommt, sondern daß auch niemand dem Nepp zum Opfer fällt. Gemeinnützigkeit ist die Parole.

Das Ziel der Sonderzugsfahrt, welche vom letzten Sonntag früh bis zum Dienstagabend von den Verkehrsämtern Magdeburg, Wipsterleben und Halberstadt gemeinsam veranstaltet wurde, war die Städte a u. Hamburg. Rund 600 Personen haben daran teilgenommen. Mit 15 durchgehenden Wagen drückte Klasse ging die Waffe von Götzen nach Hamburg, was die Wafferkanne vorhanden. Sogar ein Reisender mit einem Stollhau war dabei, der dieser kam bei den Besichtigungen nicht zu kurz. Bei einer solchen Reisegemeinschaft hilft immer einer dem anderen.

Nachdem man gegen halb acht Uhr von Magdeburg abgefahren war, einen Blick auf die im Entschlehen begriffenen gewaltigen Pfeilenbauten bei Magdeburg geworfen hatte, fuhr man unter den fünfzig Pfeilenbauten hindurch, sah dort die eigentümlichen Hochbauten von Götzen und kam an der Leichter-Straße vorbei durch die Altmatt bald über die Elbe bei Wipsterleben und Angenom ins Mecklenburgische hinein. Späte es bis dahin noch lebhaft geregnet, dann lag Magdeburg mit seinem idyllischen See in herrlichen Sonnenlicht. Die Linde der Marienkirche von Lübeck werden sichtbar. Ein paar Minuten noch und man ist vorläufig am Ziel. In Lübeck waren sechs Stunden Aufenthalt. Die Führer des

vorigen Verkehrsamtes nahmen die Gäste am Bahnsteig in Empfang. Ein Rundgang in mehreren Gruppen folgte. Das Rathaus, welches zu den schönsten seiner Art in ganz Deutschland gehört, wurde von innen und außen besichtigt. Die alte Marienkirche mit dem berühmten Kupferstich-Turm und den schönen Obergeschoss-Gemälden fand besonderes Interesse. Dann das Schloßhaus, wo schönes Kunstgewerbe ausgestellt ist. Manche Besuchen noch den herrlichen Dom, der halb romanisch, halb gotisch, zu den berühmtesten Baudenkmälern Deutschlands zählt. Von all den Wirtlichkeiten Lübeds, konnte man in der kurzen, zur Verfügung stehenden Zeit, natürlich nur das wichtigste besichtigen. Rundige Führer sorgte dafür, daß die Zeit nutzbringend eingesetzt wurde. Der Lübed bereits kannte, brachte den sonstigen Stadtmittag in dem nahegelegenen Badeort Travemünde zu. Abends nach sechs ging es dann weiter nach Hamburg.

In einer Stunde war man dort. Schnell in die Hotels, die für die Teilnehmer um den Hauptbahnhof herum belegt worden waren. Keiner, der nicht gleich die Gelegenheit wahrnahm, sich Hamburg bei Nacht anzusehen. Die Differ mit ihrem Vorgeheim, ihrem Lübedermer Rund herum. Und, nicht zu vergessen: Conk! Kauli. Vom „heiligen Kaulus“ ist hier freilich sehr wenig zu hören. Der Betrieb auf der Heberbahn, auf dem Spielwiderstand, auf der großen und der kleinen Freiheit und in den hundert Einladungen ist eine höchst unangenehme Angelegenheit. Das ist aber etwa langweilig wäre, wird niemand behaupten. Hier gibt der alte Schiffergassenbau. „Was nicht dem Seemann kein Geld, wenn er doch ins Wasser fällt!“ Da haben unsere Landratten aus Halberstadt, Wipsterleben, Quedlinburg und Magdeburg auf doch gestaut. Manah einer ist auch verlegt. In Hamburg auf der Heberbahn um halb zwölf!

Erhaben fanden sie sich am nächsten Morgen pünktlich bei der Rundfahrt durch die Stadt ein. Am Montag vormittag: Hamburg bei der Arbeit. Die Wärbühler, in denen tausende von Schreibmaschinen emsig klappern. Die Quais, wo die Schiffe entladen werden, die öffentlichen Gebäude, die in Hamburg ihre besondere Note haben, das Leben und Wehen der Welt-Hafenstadt. Arbeiten, hasten, drängen. Der Kampf ums Brot, ums Dasein. Mit des

Halberstädter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht sich bedeutend festlich und zwar mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftszeit unteren Boten an den Postamt abgenommen. Redaktion: O. m. v. K. Bernhardt, Postfach 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, O. m. v. K. Bernhardt, Postfach 48, Fernruf 2314. Für den Inhalt des Blattes ist die Redaktion verantwortlich. Für den Inhalt des Blattes ist die Redaktion verantwortlich. Für den Inhalt des Blattes ist die Redaktion verantwortlich.

Anzeigepreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restameile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftszeit Halberstadt, Postfach 48 (Fernruf Nr. 2314), Wolfenbütteler Platz 46/26 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 165

Donnerstag, den 17. Juli 1930

5. Jahrgang

Brüning ohne Mehrheit.

Deckungsvorlagen zurückgezogen. — Keine Auflösung des Reichstages. — Notverordnung mit Hilfe des Artikels 48. — Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie.

Die Deckungsvorlagen der Reichsregierung sind gescheitert. Die Sozialdemokratie hat ihnen die Zustimmung verweigert. Als in der Sitzung des Reichstages am 16. Juli 1930 die Deckungsvorlagen zurückgezogen wurden, hat der Reichstagspräsident die Vorlagen zurückgezogen. Sie sollen nun mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt werden.

Der Entschluß des Reichstages sind Versuche vorangegangen, die Haltung der Sozialdemokratie zu ändern und die Annahme des Artikels 48 zu vermeiden. Auf Wunsch des Zentrums haben am Dienstag Besprechungen stattgefunden, die mit der Aufforderung an die Sozialdemokratie endeten, sie möge die Voraussetzungen klären, unter denen ihr eine politische Mitarbeit bei der Verabschiedung der Deckungsvorlagen möglich sei. Die sozialdemokratischen Unterhändler Dr. Breitfeld und Hermann Müller haben in einem Brief an den Zentrumsvizepräsidenten Eiser den Verzicht auf die Kopfsteuer und den Verzicht der Leistungen der Arbeitslosen und der Brandversicherungsbeiträge als solche Voraussetzungen bezeichnet. Eine schriftliche Antwort auf diesen Brief haben die Regierungsparteien nicht erteilt. Sie haben lediglich erklärt, daß die Voraussetzungen der Sozialdemokratie erfolgreiche Verhandlungen unmöglich machen. Sie sind deshalb gar nicht erst aufgenommen worden.

Das Verhandlungsangebot des Zentrums ist nichts anderes als ein Manöver gewesen.

In keinem Stadium offen und ehrlich dem Ziel der Verständigung mit der Sozialdemokratie dienend. Wenn der Vorsitzende des Zentrumsvizepräsidenten Eiser gegenüber den Feststellungen von Breitfeld im Plenum des Reichstages am Mittwoch troden behauptete, das Verhalten der Sozialdemokratie auf einen Verzicht der Kopfsteuer sei ein Ultimatum gewesen, das erfolgreiche Verhandlungen ausgeschlossen habe, so steht das nicht nur mit den Tatsachen im Widerspruch, sondern auch mit der Begründung, die die „Germania“ bei der Ablehnung der Verhandlungen am Mittwoch gegeben hat. In der „Germania“ werden lediglich der Aufschub und die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien als Grund für die Ablehnung der Verhandlungen angegeben. Wenn schließlich, wie es heißt, die Verordnung der Reichsregierung nur die ursprünglichen Vorlagen enthalten wird und nicht die Kopfsteuer, so kann man darin einen weiteren hindlichen Beweis erkennen, daß den Regierungsparteien mit der Sozialdemokratie kein ernstliches Verhandlungsangebot mit dem Ziel der Verständigung gemacht worden ist. Ein ernstliches Verhandlungsangebot mit dem Ziel der Verständigung hätte, als ob nicht alle Möglichkeiten zur parlamentarischen Einigung ausgeschöpft worden seien.

Die Ablehnung der Deckungsvorlagen durch die Sozialdemokratie ist eine wohlüberlegte und wohlbegründete Entscheidung. Sie mußte erfolgen, nachdem unter dem Druck der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei die Kopfsteuer in die Vorlage hineingearbeitet und diese Vorlage mit dem weitgehenden Abbau der Arbeitslosenleistungen in Verbindung mit der Brandversicherung verbunden worden war. Die kleinen Verleistungen, die die Vorlagen der Reichsregierung in letzter Zeit gefunden haben, ändern nichts an ihrer Belamtheit. Die Regierung Brüning verweigert mit ihren Steuern klar und eindeutig das Ziel, durch Abbau der feststehenden Leistungen in Reich und Gemeinden die Erhöhung der Opfer der unteren Wirtschaftsklassen den Vermitteln des Volkes alle Kosten der schweren Wirtschaftskrise aufzubürden.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im weiteren Verlauf der Mittwoch-Sitzung des Reichstages gegen den Antrag der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Reichstages gestimmt und sich bei dem kommunikativen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning der Stimme enthalten.

In beiden Fällen war für sie dieselbe Erwägung maßgebend. Wenn die Wirtschaftspartei und die Kommunisten eine Mehrheit erzielt hätten, wäre die Auflösung des Reichstages erfolgt. Dann aber wäre die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage gewesen, sofort nach Verlesung der Verordnung noch in diesem Parlament den Antrag auf ihre Aufhebung zu stellen. Die Dinge wären sich nach der Neuwahl in der Schwere geblieben. Da die Regierung die Verhandlungen noch im Laufe des Donnerstags publiziert, kann die sozialdemokratische Forderung auf ihre Beteiligung am Freitag zur Debatte und zur Abstimmung gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wird die Sozialdemokratie auch ihrerseits einen Mißtrauensantrag einbringen.

Ob sich freilich für das eine wie das andere Wortum eine Mehrheit finden wird, ist mehr als zweifelhaft, denn es ist damit zu rechnen, daß die Deutschnationalen ihre Opposition gegen die Steuererhöhungen und gegen das Kabinett Brüning aufgeben werden, weil ihnen daran liegt, den Diktaturparagrafen wirksam werden zu lassen, und weil sie, was vor allen Dingen im Vordergrund steht, eine gewisse Angst vor Neuwahlen haben. Die Sozialdemokratie hat aber dann auf jeden Fall ihre Pflicht getan. Sie hat sich nicht mitverantwortlich gemacht für schlechte Steuererhöhungen und für den Abbau der Sozialpolitik. Sie hat den letzten Versuch unternommen, die Unwirksamkeit des Artikels 48 herbeizuführen. Es ist nicht ihre Schuld, sondern die der Regierungsparteien, wenn alle ihre Bemühungen für die Erhaltung der parlamentarischen Rechte und für die Abwehr arbeitserfünder Maßnahmen scheitern.

Die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie wird indessen sein, mit aller Entschlossenheit jenes Regime zu bekämpfen, das die Verantwortung für die verderbliche Entwicklung trägt, die sich in diesen Tagen angebahnt hat.

Die Notverordnung.

Vom Reichskabinett beschloßen.

Berlin, 16. Juli. (Zelunon). Das Reichskabinett beschloß in seiner Sitzung am Mittwochabend, die Deckungsvorlagen im Wege der Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen, nachdem der Versuch, diese Deckungsvorlagen im Reichstage zur Annahme zu bringen, gescheitert war. Auf Grund des Notverordnungsrechts wurden die Reichshilfe, die Zuschläge zur Einkommensteuer, die Ledigenzuschläge, die Bürgerabgabe und im Wege einer besonderen Verordnung die Schantverzehrersteuer in Kraft gesetzt.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß auch aus den Reihen der hinter der Regierung stehenden Parteien der Versuch gemacht werden wird, die Aufhebung der Notverordnung über die Gemeindeverzehrersteuer durchzuführen. Insbesondere hat ja bereits die Wirtschaftspartei in einem früheren Stadium der Dinge zu erkennen gegeben, daß sie eine Gemeindegrenztsteuer mit aller Entschlossenheit ablehnen müsse.

Die Rede Breitscheids.

In der Sitzung des Reichstages am Mittwoch führte
Hr. Abgeordneter Breitscheid (Soz.)

folgendes aus:
Die Sozialdemokratie wird die erste Abstimmung des heutigen Tages benutzen, um ihre Stellung zu den Deckungsvorlagen in ihrer Allgemeinheit zum Ausdruck zu bringen. Diese Stellung ist nicht sowohl bedingt durch den Inhalt der einzelnen Artikel als vielmehr durch die politische Gesamtsituation. In einer Reihe dieser Vorlagen sind Bestimmungen, die sich den Aufstellungen nähern, die meine Fraktion seit langem verteidigt, so auch vor einigen Wochen in ihren Richtlinien. Das ist das Prinzip der Reichshilfe und für die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer.

Das aber, was uns persönlich unannehmbar ist, das ist die sogenannte Bürgerabgabe, die Kopf- oder Regenersteuer, wie genannt werden könnte. Da diese Bürgerabgabe in den Deckungsvorlagen hineingearbeitet worden ist, ist für uns das Gesetz unannehmbar! (Sehr wahr bei den Soz.)
Die Deckungsvorlage steht im engen Zusammenhang mit den sozialpolitischen Vorlagen der Regierung. Die Sozialdemokratie kann nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß

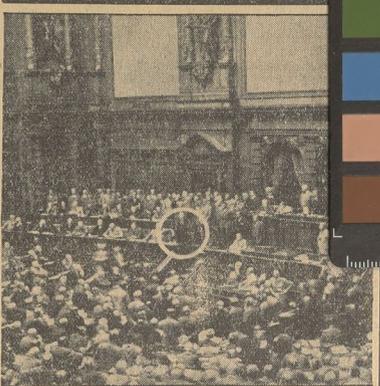
ihre Zustimmung zu den Deckungsvorlagen die sozialpolitische Gesetzgebung verflechtet wird. Der Abbau der Zuschlagspflicht des Reiches zur Arbeitslosenversicherung nach § 163 muss einen allgemeinen Leistungsabbau nach sich ziehen. Damit ist unsere Stellung zu den Vorlagen klar gegeben.

Wie kennen die Konsequenzen, die diese Stellung nach sich ziehen muß. Wenn wir daran noch geworfen hätten, wären wir bestraft worden durch die Mitteilung von den Volkswahlen, die der Reichstagspräsident heute vormittag vom Reichspräsidenten erhalten hat. Das ist die Mitteilung, daß eine parlamentarische Regierung nicht aufbringen ist, die Reichsverfassung in Kraft zu

erhalten Tage ihrer Existenz an sich zusammenzubrechen und die parlamentarische Regierung zu zerbrechen an die Gefahr der Zusammenzubrechen eines römischen Reiches deutlicher als rechts: Wir geben aber nicht ein, um den Kabinett zu sichern. Nach unserer Meinung, daß die Reichsregierung gebildet wurde, ist die Deckungsvorlage der Reichstagspräsident diesen Bericht hat, wissen wir nicht. Jedem ist zu sein. Wir Sozialdemokraten legen Tagen mit aller Deutlichkeit zu Verhandlungen bereit, bis an die Grenze gegangen. Wir haben noch andere Möglichkeiten zur Verfügung, wenn wir waren der Überzeugung, dass es nicht, sind wir bereit daran und mit diesem Kabinett nach, haben es getan um des Reichs und äußerst links, für den Soz.) Denn wir mußten, für des Art. 48 droht und die Verantwortlichkeit, alles nur die Möglichkeit zu tun, um die Gefahr der Zusammenzubrechen des Diktaturparagrafen abzuwenden.

Wir glauben, jeder im Saale, aber auch jeder im Lande, vor allen Dingen jeder Arbeiter draußen, wird volles Verständnis dafür besitzen, daß wir auf diesem Wege bis zu dem äußersten für uns möglichen Punkt gegangen sind.

Erst gestern nachmittag ist es zu einer Begegnung zwischen uns und einer der Regierungsparteien gekommen. Bei dieser Gelegenheit ist uns die Frage vorgelegt worden, welche Bedingungen wir



Der Reichstag während der Erklärung Brünings (im Kreis).

Eine Schlappe der Regierung.

Die getriggerte Reichstagslösung begann mit einer Schlappe der Regierung, die eigentlich niemand erwartet hatte: die Annahme der Parteien nicht genehmigt hatten, sind in der namengebenden Abstimmung nicht die vorgeschriebene qualifizierte Mehrheit, die nötig wäre, um den Einpruch des Reichsrats aus der Welt zu schaffen. Den Ausschlag gab die Stimmhaltung der Deutschen Bauernpartei und zweier demokratischer Abgeordneter.

Am Sonnabend Reichstagsferien.

Der Reichstag wird jetzt die Beratung des Etats fortsetzen. Sie soll nach den bisherigen Dispositionen am Sonnabend zu Ende geführt werden.

Die Regierung will die Notverordnung nach am Freitag zur offiziellen Kenntnis des Reichstages bringen. Die Zustimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung soll am Sonnabend verbunden werden mit der dritten Lesung des Etats und der dritten Beratung des Einkommensteuergesetzes.

Der Reichstagspräsident rechnet darauf, daß der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung abgelehnt werden wird, trotzdem die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei sich sehr verhalten darüber zeigen, daß die Bürgerabgabe nicht durch Artikel 48 befreit wird.

Nach Verabschiedung des Etats soll der Reichstag in die Ferien gehen, um erst im Spätherbst sich wieder zu versammeln.



Vertical text on the left edge of the page, likely from an adjacent page or a binding artifact.